

Nachrichten

Auszeichnung für Gastro im Tropenhaus

Frutigen Die Tafelgesellschaft zum Goldenen Fisch zeichnet seit Jahren in der ganzen Schweiz Restaurants mit einer exquisiten Fischküche aus. Nun durfte das Restaurant Tropengarten das Qualitätslabel «Fischküche mit Auszeichnung» entgegennehmen, wie das Tropenhaus Frutigen mitteilt. Aktuell gehören schweizweit rund 2000 Fischliebhaber und -liebhaberinnen zur Tafelgesellschaft zum Goldenen Fisch. Landesweit sind um die 120 Restaurants und Gaststätten mit der Goldfisch-Tafel ausgezeichnet. (pd)

Solina gewinnt Innovationspreis

Spiez Nach zwei Podestplätzen in den Jahren 2019 und 2021 gewinnt die Stiftung Solina in diesem Jahr den «Preis für Innovationen in Berner Pflegeheimen» vom Branchenverband Curaviva BE. Das Siegerprojekt ist der Musikworkshop «The Power of Music», der wöchentlich mit den Bewohnerinnen und Bewohnern in der Solina Spiez durchgeführt wird, wie das Pflegeheim mitteilt. Für die Workshops konnten mit Sandee und Jesse Rütch zwei Musikschaffende für das Vorhaben gewonnen werden. (pd)

Vortrag über Jungfraubahn

Spiez Vor rund 110 Jahren, am 1. August 1912, fuhr der erste Zug der Jungfraubahn von der Kleinen Scheidegg aufs Jungfraujoch. Mehr als sieben Kilometer der Strecke verlaufen in Tunnels. Auf die spannende Geschichte «dieser enormen Ingenieurs- und Bauleistung» blickt Jürg Lauper, ehemaliges Geschäftsleitungsmitglied der Jungfraubahn, am Sonntag, 4. September, zurück. Sein Referat «Jungfraubahn – von der Idee bis zum Erfolg» findet um 11 Uhr im «Trüel» beim Heimat- und Rebbaumuseum Spiez statt. Lauper werde nicht nur auf die Geschichte der Bahn eingehen, sondern auch einen Blick in die Zukunft werfen, teilen die Verantwortlichen mit. Eintritt frei, Kollekte. (pd)

Was es beim Sanieren zu beachten gilt

Reichenbach Die Allenbach Holzbau und Solartechnik AG lädt auf den Dienstag, 6. September, zur Informationsveranstaltung «Wie saniere ich mein Haus?» ein. Dabei werden Energieeffizienz, energetische Gebäudesanierungsmassnahmen und Solarenergie behandelt. «Der Anlass ist konzipiert für Eigentümer von Liegenschaften und Interessierte», schreibt das Unternehmen. Der Anlass im Kirchgemeindehaus Reichenbach dauert von 18 bis 20 Uhr und ist kostenlos. (pd)

Weitere Infos zum Anlass unter solarholzbauer.ch.

Elektro-Fahrzeuge bewähren sich

Unterseen «Seit geraumer Zeit sind im Werkhof Unterseen zwei Elektro-Fahrzeuge im Einsatz», schreibt der Gemeinderat in einer Mitteilung. «Mit dem neu angeschafften Transportfahrzeug Nissan e-NV-200 sowie dem Elektro-Motorfahrzeug Modell DXS 4.0 können die Werkhofmitarbeiter ihre Arbeit umweltbewusster und ressourcenschonender erledigen.» (pd)

In Thun bald so wie in fast ganz Europa

Thuner Stadtrat (1) Soll die Stadt ihren Mitarbeiterinnen einen vorgeburtlichen Mutterschaftsurlaub gewähren? Ja, findet die Mehrheit im Thuner Parlament. Nur die SVP stimmte geschlossen dagegen.

Michael Gurtner

«Schwanger sein ist nicht eine Krankheit, sondern ein freudiges Ereignis», sagte Franz Schori (SP) am Donnerstagabend im Thuner Stadtrat. Diesem Umstand solle Rechnung getragen werden – indem sich bei der Stadt angestellte Frauen kurz vor der Geburt nicht krankschreiben lassen müssen, sondern einen vorgeburtlichen Mutterschaftsurlaub beziehen können.

Schoris SP hatte das Thema zusammen mit der Fraktion Grüne/Junge Grüne mit einem Vorstoss aufs Tapet gebracht. Ein Bericht des Bundesrats habe 2018 gezeigt, dass 70 Prozent der werdenden Mütter zwei Wochen vor der Geburt krankgeschrieben seien. Trotzdem kennt die Schweiz im Gegensatz zu fast allen europäischen Ländern keinen vorgeburtlichen Mutterschaftsurlaub. In den Städten Luzern und Bern wird sich das ändern – entsprechende Geschäfte wurden von den Parlamenten angenommen.

Der Thuner Gemeinderat will mit diesen beiden Städten vorgehen. «Es wäre wünschenswert, dass das Thema auf Bundesebene angegangen würde», sagte zwar Andrea de Meuron (Grüne), Vorsteherin der Direktion Finanzen Ressourcen Umwelt. Aber als Stadt habe man die Kompetenz, in solchen Fragen eine Vorreiterrolle einzunehmen. «Wir sind gefordert, uns als attraktive Arbeitgeberin zu positionieren», betonte de Meuron.

Ablehnende Voten von SVP

Stadtrat Roman Guggler, ihr Parteikollege, zeigte sich überzeugt, dass ein vorgeburtlicher Mutterschaftsurlaub «der richtige Weg» sei. Er sieht einen Gewinn an Planungssicherheit für die Mütter wie für die Verwaltung – und eine



Eine schwangere Frau arbeitet in einem Archiv (Themenbild). Foto: Keystone-sda

gewisse Vorbildfunktion dem Bund gegenüber. Dass dem gesundheitlichen Aspekt gebührend Platz eingeräumt werde, ist auch Susanne Gygax (Fraktion EVP/GLP/EDU) ein Anliegen. Und Alois Studerus (Die Mitte) erklärte: «Ein Urlaub drei Wochen vor der Geburt würde bedeuten, dass die Planung frühzeitig aufgenommen werden könnte.»

Für die Sprecherin der SVP, Eveline Salzmann, tonte die Antwort des Gemeinderats auf den Vorstoss zwar im ersten Moment

gut – die Begründung überzeugte aber nicht. «Frauen und Eltern wünschen sich nicht mehr freie Zeit vor der Geburt, sondern nachher.» Diejenigen Frauen, die bis zur Geburt arbeiten könnten, sollten dies auch tun. Salzmann geht zudem davon aus, dass die Stadt mit dem vorgeburtlichen Mutterschaftsurlaub zusätzliche Kosten gewärtigen müsste. Sie sehe hier «keine echte Förderung von Frauen mit Kindern» und keinen effektiven Nutzen für die betroffenen Frauen.

Franz Schori zeigte sich mit dem Vorschlag des Gemeinderats einverstanden, die Motion in ein Postulat umzuwandeln. So wird es möglich, dass das Anliegen nicht wie im Vorstoss vorgesehen über eine Teilrevision des Personalreglements umgesetzt wird, sondern in der Verordnung über Lohnansprüche bei Dienstausfällen. Der Stadtrat stimmte dem Vorstoss schliesslich mit 25 Ja zu 10 Nein bei einer Enthaltung zu. Nebst dem geschlossenen Nein der SVP-Fraktion gab

es eine Nein-Stimme und die Enthaltung bei der FDP.

Die Fraktionen SP und Grüne/Junge Grüne stellen sich einen vorgeburtlichen Mutterschaftsurlaub von drei Wochen vor – liessen dies im Vorstoss aber bewusst offen, damit der Gemeinderat bei der Umsetzung einen gewissen Spielraum hat. Der Ball liegt nach dem klaren Ja des Parlaments nun also bei der Stadtregierung. Betroffen sind laut Gemeinderätin de Meuron fünf bis zehn Frauen pro Jahr.

Wie weiter beim Hafen?

Stadtrat (2) Die SVP zieht einen Vorstoss zurück – und kündigt einen neuen an.

Sollen einheimische Bootsbesitzerinnen und -besitzer bei der Vergabe von Thuner Bootsplätzen bevorzugt werden? Das soll der Gemeinderat prüfen, forderte die SVP-Fraktion in einem Vorstoss. Zu viele Bootsplätze seien an Auswärtige vermietet – Unterhalt und Betrieb des Hafens würden aber mit Thuner Steuergeldern finanziert. Zudem wünschten sich die Postulanten einen Zeitplan für die Weiterentwicklung des kürzlich erneuerten Hafens Lachen.

Die Planung sehe vor, bis Ende 2022 ein Vorprojekt für eine Bootstankstelle zu erarbeiten, schrieb der Gemeinderat in der Postulatsantwort. 2025 könnte die Tankstelle gebaut werden. Ob es angezeigt sei, den Bau einer Tankstelle mit fossilen Treibstoffen für Freizeitwecke voranzutreiben, bleibe aber zu diskutieren. Noch 2022 soll ein «fundierter Entscheid» gefällt werden.

Der Gemeinderat wies darauf hin, dass Einheimische bei den Bootsplätzen bereits bevorzugt würden: Auswärtige berappen ei-

nen Zuschlag von 50 Prozent auf den Mietzins. Rund drei Viertel der Mieterinnen und Mieter wohnten in Thun oder der nahen Umgebung. Eine ausschliessliche Vergabe an Thunerinnen und Thuner sei nicht vorgesehen. Das habe auch kein Mensch verlangt, monierte SVP-Sprecher Reto Schertenleib in der Stadtratssitzung. «Wir wollen eine Priorisierung der Einheimischen, nicht den Ausschluss von irgendjemandem.» Er betonte, dass etwa in den Verordnungen von Oberhofen, Spiez und Leissigen «die Einwohner an erster Stelle kommen».

Den Verweis in der Postulatsantwort auf bereits vorhandene Elektroboote konnte Schertenleib nicht nachvollziehen: Das sei noch keine massentaugliche Lösung. «Bis es so weit ist, braucht es Tankstellen.» Um zu verhindern, dass das Postulat angenommen und als «erfüllt» abgeschrieben wird, zog Schertenleib das Postulat zurück. Und kündigte gleichzeitig einen neuen, verbindlichen Vorstoss an. (mik)

Geld für Halle bleibt in der Hinterhand

Thuner Stadtrat (3) Die 150'000 Franken für das Schwimmhallen-Vorprojekt sind abgerechnet. Ganz vom Tisch ist das Geld nicht.

Ein eigenes Hallenbad ist zu teuer – deshalb will die Stadt Thun den geplanten Ausbau des Sportzentrums Heimberg unterstützen und das Vorprojekt für eine neue Schwimmhalle mit 150'000 Franken alimentieren. So hat es der Stadtrat im März 2019 entschieden. Rund dreieinhalb Jahre später waren genau diese 150'000 Franken gestern Abend wieder Thema im Thuner Parlament. Der Grund: Weil die Pandemie Löcher in der Kasse hinterlassen hat, ist das Projekt auf die lange Bank geschoben worden.

Frist endet im März 2023

Wohl frühestens in vier Jahren wird das Thema wieder aktuell. Bis dann will die Genossenschaft Sportzentrum Heimberg das nötige finanzielle Polster für die Lancierung eines Vorprojekts erreicht haben (wir berichteten). Nun ist es aber so, dass die Thuner Stadtverfassung vorsieht, vom Stadtrat oder Volk beschlossene Ausgaben um maximal vier

Jahre zurückzustellen. Beim gesprochenen Geld für das Schwimmhallen-Vorprojekt endet diese Frist am 21. März 2023. Der Gemeinderat beantragte dem Parlament daher, das Zahlungsverprechen offiziell zurückzuziehen und den Kredit abzurechnen.

«Dieses Geld ist nicht weg»

«Wir standen kurz vor dem Ziel. Dann kam Corona», sagte Gemeinderätin Katharina Ali-Oesch (SP) eingangs der Diskussion. Bis hin zum geforderten Kostenteiler für das Gesamtprojekt sei alles erarbeitet gewesen. Nun müsse die Genossenschaft aber zunächst wieder neues Kapital beschaffen. «Die Abrechnung heisst nicht, dass dieses Geld weg ist. Es ist einfach nicht mehr im Budget eingestellt, stattdessen in den Investitionsplänen», so die Vorsteherin der Direktion Bildung Sport Kultur.

Sämtliche Sprecherinnen und Sprecher äusserten sich wohlwollend zum Ansinnen der Re-

gierung. Alois Studerus (Die Mitte) betonte: «Es ist vor allem wichtig, dass der Bedarf weiterhin anerkannt wird.» Auch Nina Siegenthaler (SP) fand es «begehrtestenswert, dass die Regierung nach wie vor grosses Interesse an gedeckten Schwimmplätzen zeigt».

Verzögerung teils bedauert

«Wir unterstützten die klar deklarierte Absicht des Gemeinderats, das Projekt weiterzuvorführen», sagte Manfred Locher (Fraktion EDU/EVP/GLP). Und Barbara Lehmann Rickli (FDP) hielt fest, dass es gleichermassen sinnvoll sei, den Betrag nun abzurechnen, aber für später wieder einzustellen. «Es ist einzig bedauerlich, dass sich der ganze Prozess dadurch weiter in die Länge zieht.» Am Ende genehmigte der Stadtrat die Abrechnung des Verpflichtungskredits einstimmig.

Gabriel Berger und **Michael Gurtner**